

# FDP Borkum will Service-Card neu diskutieren

## Ordentliche Hauptversammlung der Liberalen - Lage der Wohnbau „desaströs“

**BORKUM** - Es war etwa 20 Uhr, als der Vorsitzende der Borkumer FDP, Fokke Schmidt jr., am 17. Januar die Mitglieder des Ortsverbandes und Gäste aus der Bevölkerung zur ordentlichen Jahreshauptversammlung im „Teehaus“ begrüßte und die Sitzung eröffnete.

Nach den üblichen Raguularien ging Schmidt in seinem etwa zwanzigminütigen Rechenschaftsbericht auf die wichtigsten Themen der letzten Monate ein. „Bei den Vorgängen um das Alten- und Pflegeheim sind noch viele Fragen offen“, so der Ratsherr. „Sicherlich gab es Defizite im organisatorischen, medizinischen und hygienischen Bereich“, gab er zu. „Aber hier von menschenunwürdigen und lebensbedrohlichen Zuständen zu sprechen ist ein Schlag in das Gesicht der allermeisten Mitarbeiter dieser wichtigen Einrichtung. Mich interessiert vielmehr, warum nicht schon lange gehandelt wurde, wenn die Zustände – wie in einer Pressemitteilung der CDU/SPD Gruppe zu lesen war – bereits „seit Jahren“ bekannt waren.

Hier wurde ganz klar schon in der Zeit vor dem Amtsantritt

der Bürgermeisterin versagt und erst mit den Bemühungen um die Privatisierung des Heimes sind die Defizite nach außen gedrungen und konnten nun nach und nach abgearbeitet werden“. Enttäuscht zeigte sich Schmidt darüber, dass bei einer Begehung der Einrichtung am 20. Dezember 2007 lediglich vier Ratsmitglieder vertreten waren. „Wie wichtig ist den Ratsherren und –damen diese Einrichtung denn nun wirklich?“ .Ein Privatisierung des Heimes hält er aber nach wie vor für dringend notwendig.

Als „desaströs“ bezeichnete der Liberale die Situation der Wohnbau GmbH. „Wir haben im Oktober angekündigt, eine mögliche Insolvenzverschleppung zu prüfen. Das haben wir gemacht. Zahlreiche Gespräche mit einem Fachanwalt für Steuer- und Insolvenzrecht, sowie mit Vertretern der Verwaltung haben gezeigt, dass lediglich die noch bestehende Bürgschaft der Stadt eine Insolvenz bisher verhindert hat. Wenn diese im Juni 2008 ausläuft wird es eng.

Eine Insolvenz der Gesellschaft ist der Supergau für Mieter und die Stadt Borkum mit drastischen Folgen. Der

Verkauf der Immobilien ist die einzige Chance – auch wenn es schwer fällt.“ Erfreut zeigte sich der Vorsitzende über die Forderung von Johanne Modder (SPD) nach Aufklärung und Aufarbeitung. „Vorher hat das Thema nie jemand angefasst. Es wurde totgeschwiegen. Seit wir als erste deutlich wurden, findet die Diskussion statt. Das sich nun auch Abgeordnete der großen Parteien zu Wort melden ist zum Teil auch unser Verdienst.“

Klare Worte fand Schmidt im Bezug auf mögliche Regressforderungen hinsichtlich der nicht abgerechneten Mieten und Nebenkosten „Das ist übelste Schlamperie und hier steht jetzt die Regressfrage im Vordergrund. Es kann und darf nicht sein, das abertausende Euro der Steuerzahler einfach in den Sand gesetzt werden, ohne das dafür jemand zur Rechenschaft gezogen wird. Die Bürgermeisterin und der Geschäftsführer Apfeld tragen zwar an den Versäumnissen ihrer Vorgänger keine Schuld, es ist aber ihre Pflicht über alle Parteigrenzen hinaus mit allem Mitteln die Regressforderungen durchzusetzen“

Als „zu erwartende Quittung für die Sturheit der CDU/SPD“

bezeichnete Schmidt die Beanstandung des Ratsbeschlusses zur Gründung des Servicebetriebes durch die Kommunalaufsicht. „Das war absehbar und diese Situation hätte verhindert werden können. Ich traue denen zu, jetzt auch noch zu klagen und noch mehr Geld in den Sand zu setzen“ Der Ratsherr schlug vor, die Gründung des Servicebetriebes zu verschieben, bis die Kommunalaufsicht hinsichtlich der Haushaltslage grünes Licht gibt. Diese Zeit solle genutzt werden, um das Thema detailliert vorzubereiten und vor allem um die dringend notwendige Einigkeit zwischen Stadt und Wirtschaftsbetrieben endlich herzustellen ohne die der Betrieb weder gegründet werden, noch funktionieren kann.

Zum Schluss ging er auf die Postkartenaktion der FDP ein, mit welcher auf die erneut erhöhten Fahrpreise hingewiesen werden sollte. „Während andere geschwiegen haben, haben wir frei und demokratisch jedem Bürger die Möglichkeit gegeben, hier direkt bei der AG Ems nachzuhaken.“ Respekt zollte er dem Alleinvorstand der AG, Ems, Dr. Bernhard Brons, der an alle

Unterzeichner einen zweiseitigen Brief geschrieben hat, in welchem er die Preiserhöhungen rechtfertigte. „Leider ohne neue Argumente“, so Schmidt. „Alles was er schreibt mag richtig sein, das Problem des vergleichenden Gastes, der sich ob der im Vergleich hohen Fahrpreise für eine andere Insel entscheidet, ist aber auch mit diesem Brief nicht aus der Welt geschafft.“

Nach einem Referat von Dr. Rainer Fremdling, dem Geschäftsführer der „Borkumer Hafengesellschaft“, der eindringlich vor der alleinigen Nutzung des Hafens als „Sportboothafen“ warnte, folgte die Präsentation eines völlig neuen Konzeptes zur „Borkum Card“ durch die Firma Intercard aus Villingen-Schwenningen. Vorgestellt wurde eine Möglichkeit, die ohne horrenden Kosten und großartige Baumaßnahmen die Einführung der Servicecard auch auf Borkum ermöglicht und somit Vermieter und Wirtschaftsbetriebe entlasten könnte. Schmidt bedauerte, dass der eigens zu dieser Präsentation geladene Stadtkämmerer der Einladung nicht gefolgt ist. „Das wären für ihn wichtige Erkenntnisse gewe-